

Protokoll Nr. 34 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin: Mittwoch, 17.03.2021
Beginn der Sitzung: 17:03 Uhr
Ende der Sitzung: 19:54 Uhr
Sitzungsort: Nordseehalle, Früchteburger Weg 17-19

Anwesend:

Vorsitzender
Hencke, Knut

SPD-Fraktion

Götze, Horst für Regina Meinen
Haase, Hans-Dieter für Elfriede Meyer

CDU-Fraktion

Ohling, Albert

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Renken, Bernd für Silke Telschow (bis 19:02 Uhr)

FDP-Fraktion

Busch, Friedrich

Stimmberechtigte Sonstige Mitglieder

Engelberts, Birte (bis 19:22 Uhr)
Fritzsche, Karola
Gembler, Hella
Müller-Goldenstedt, Peter-Florian

Beratende Mitglieder

Miksiunas, Anne für Stephanie Schäfer
Ouedraogo, Abdou
Spannhoff, Dagmar Vertreterin der kath. Kirchengemeinde
Wilts, Elfriede Vertreterin der Interessen behinderter Kinder
und Jugendlicher
Fekken, Okka kommunale Gleichstellungsbeauftragte
Reibe, Ulf Stadtjugendpfleger
Sprengelmeyer, Thomas Leiter des Jugendamtes

Verwaltungsvorstand

Kruithoff, Tim Oberbürgermeister

von der Verwaltung

Christians, Jörg
Jaspers, Thomas
Bonn-Sommer, Renate
Valentin-Settgast, Gersvind
Behrens, Sebastian

Protokoll Nr. 34 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Protokollführung

Bleeker, Sonja

Gast

Dr. Gesang, Astrid

Trägersgesellschaft Kliniken Aurich-Emden-Norden mbH

Dr. med. Reinhold, Helmut

Chefarzt der Frauenklinik Ubbo-Emmius-Klinik Aurich

Dr. med. Däublin, Gehard

Chefarzt der Kinderstation Ubbo-Emmius-Klinik Aurich

Bungenstock, Oliver

Pflegedirektor Ubbo-Emmius-Klinik Aurich

Stobbe, Annica Jasmin

Vorbereitungsgruppe f. d. Jugendparlament

Flabe, Ole

Wittorf, Jonas

Götz, Annalena Sophie

Baumfalk, Bennet

Balzer, Amelie

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Hencke begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Sprengelmeyer bittet, den Tagesordnungspunkt 6 „Einrichtung eines Jugendparlaments“ und den Tagesordnungspunkt 7 „Rund um die Geburt“ vor den Tagesordnungspunkt 4 vorzuziehen, um den Gästen ein früheres Gehen zu ermöglichen.

Alle Ausschussmitglieder sind einverstanden.

Beschluss: Die geänderte Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Einwohnerfragestunde

Herr Sprengelmeyer teilt einleitend mit, weil zu den Tagesordnungspunkten mit vielen Einwohnerfragen gerechnet werde, sei vorausschauend eine Präsentationsfolie vorbereitet worden. Die Fragen würden direkt mitgeschrieben und eingeblendet.

Zum TOP 7 „Rund um die Geburt“ seien bereits im Vorfeld einige Fragen eingegangen, da die Trägersgesellschaft der Kliniken Aurich-Emden-Norden mbH aufgrund einer Pressemitteilung

Protokoll Nr. 34 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

darum gebeten habe. Diese Fragen seien schon in die Präsentation der Trägergesellschaft aufgenommen worden und würden eingeblendet.

Frau Elke Bents und Frau Heidrun Hillers vom Familiennetz-Klinikum-Emden stellen die Frage:

1. Wann wird das Familiennetz in Emden verstetigt?

Frau Veronika Bujny vom Hebammenverband Niedersachsen e.V. stellt folgende Fragen:

1. Welche positiven Effekte hat die Trägergesellschaft in den letzten vier Jahren hinsichtlich der mittlerweile fast halbierten Geburtenrate unternommen?
2. Was unternimmt die Emdener Kommune um die Versorgung rund um die Geburt, auch ohne die Geburtshilfe, zu gewährleisten?
3. Erfahrungsgemäß begeben sich Hebammen an Orte, an denen Geburtshilfe stattfindet. Es sei zu erwarten, dass sich nunmehr durch das Pendeln der Hebammen zu anderen Geburtskliniken auch die ambulante Versorgung mit Hebammenhilfe rund um die Geburt verschlechtert. Frauen haben nach dem SGB V einen Anspruch auf aufsuchende Familienhilfe von Seiten der Hebammen. Gibt es ein Konzept, damit Hebammen sich in der Stadt Emden ansiedeln und zwar über die Notfallsprechstunde hinaus?
4. Inwieweit hat sich die Trägergesellschaft darauf vorbereitet, dass die Kapazitäten aus Emden jetzt in Aurich aufgefangen werden müssen, d. h. wie viele Hebammen arbeiten beim gleichen Arbeitgeber in Aurich weiter?
5. Wie viele Kreißsäle sind aufgestockt worden?
6. Wurde das ärztliche Personal aufgestockt?
7. Wie wird mit den 3.000 Überstunden, welche die Hebammen jetzt schon in Aurich vor sich herschieben, verfahren?
8. Der Kreißaal in Aurich meldet sich aufgrund von Überlastung zweitweise ab. Dies jüngst auch während des bestehenden Betriebes des Emdener Kreißsaales. Wie soll in Zukunft gewährleistet werden, dass dieses Abmelden nicht häufiger passiert?

Herr Carsten Bergstedt, Leiter der Ev. Familienbildungsstätte Emden, stellt die Frage:

1. Inwieweit gibt es Konzepte für Emdeninnen und Emden, um die dünner werdende Angebotsstruktur konzeptionell adäquat auch für prekäre Familienverhältnisse zu substituieren?

Herr Hencke bedankt sich für die Fragen und teilt mit, dass diese unter TOP 7 „Rund um die Geburt“ beantwortet werden.

BESCHLUSSVORLAGEN

TOP 4 Erweiterung der Kindertagesstätte Up Padd
Vorlage: 17/1812

Herr Christians erläutert anhand der Vorlage 17/1812 die Erweiterung der Kindertagesstätte Up Padd.

Herr Haase signalisiert Zustimmung seitens der SPD-Fraktion. Die Erweiterung der Kita Up Padd sei ein weiterer „Baustein“ in der Versorgung des Emdener Kindergartenwesens. In diesem Zusammenhang erinnert er an Beschlüsse, die im letzten Jugendhilfeausschuss gefasst wurden. Ein weiterer Beschluss für einen Kita-Neubau werde im nachfolgenden TOP 5 behandelt.

Protokoll Nr. 34 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Angesichts der aktuellen Situation um eine Novellierung des Kindergartengesetzes müsse deutlich gemacht werden, dass diese Beschlüsse zur Schaffung von baulichen Voraussetzungen der Leistungsanteil von Rat und Verwaltung seien. Jetzt müssten auch die Qualitätsstandards in den Kitas verbessert werden. Er appelliert für den Einsatz einer dritten Fachkraft, die seitens des Landes zu finanzieren sei.

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt die Einrichtung einer weiteren Kiga-Gruppe in der Kita Up Padd, Träger: Ev. ref. Kirchengemeinde, als Ganztagsgruppe.

Ergebnis: einstimmig

TOP 5 Neubau einer Kindertagesstätte im Stadtteil Harsweg
Vorlage: 17/1813

Herr Christians erläutert anhand der Vorlage 17/1813 den Neubau einer Kindertagesstätte im Stadtteil Harsweg. Die Ostfriesische Beschäftigungs- und Wohnstätten GmbH (OBW) plane am Stadtwald einen Neubau. Dieser sei in der bisherigen Ausbauplanung noch nicht enthalten gewesen. Er informiert zur Kita-Ausbauplanung, dass insbesondere im Krippenbereich noch deutliche Bedarfe an Betreuungsplätzen bestehen.

Herr Ohling begrüßt, auch in Bezug auf die vorherige Beschlussvorlage, ausdrücklich die Kita-Ausbauplanung. Insbesondere den Standort am Stadtwald findet er äußerst positiv. In diesem Zusammenhang erwähnt er den Ausbau des Falkenhorstes, der ebenfalls positiv sei.

Herr Busch gibt an, die FDP-Fraktion begrüße ebenfalls die Kita-Ausbauplanung und stimme der Beschlussvorlage zu. Dennoch erscheint ihm die Investitionssumme hoch. Mit Blick auf ältere Kindergarteneinrichtungen beklagt er, dass dort seit geraumer Zeit keine großen Investitionen getätigt worden seien. Auch diese Kitas müssten zeitgemäß modernisiert werden. Er gibt zu bedenken, sich bei einer Investition i. H. v. 3,58 Mio. € intensiv mit der Summe auseinanderzusetzen. Der Neubau sei ein Refinanzierungsprojekt mit einer Verzinsung von einem Prozent über einen Zeitraum von 25 Jahren. Diese Summe werde letztlich aus dem städtischen Haushalt bezahlt, das Gebäude jedoch werde Eigentum der OBW. Für einen Kostenvergleich habe er sich bei einem Fertighausanbieter ein Angebot über einen Neubau geben lassen. Der Preis für einen schlüsselfertigen Neubau mit einer Größe von 156 qm betrage 450.000 €. Bei sechs Häusern läge die Quadratmeterzahl knapp unter 1.000 qm, ähnlich groß wie der geplante Neubau. Seine Fraktion sehe diese Investition kritisch und macht darauf aufmerksam, mit Investitionen maßvoll umzugehen. Den Fachdienst Kinder und Familien bittet er um Prüfung, ob eine Kostenersparnis möglich sei.

Herr Haase schließt sich der Meinung von Herrn Busch an. Viele der älteren Kinderbetreuungseinrichtungen würden dringende Sanierungsmaßnahmen benötigen. Er denkt, nach Abschluss der Kita-Ausbauplanung würden diese Sanierungen intensiv beraten. Zum Kostenvergleich von Herrn Busch kommentiert er, Baukosten für ein Eigenheim könnten nicht mit den Baukosten für ein Sondergebäude, wie einen Kita-Neubau, verglichen werden. Dies sei nicht zu akzeptieren, weil für ein Kita-Gebäude andere Anforderungen und Bestimmungen zu erfüllen seien. Demzufolge sei ein Kita-Neubau kostenintensiver. Dennoch hält er es für richtig, auf Investitionskosten zu achten. Um einen Vergleich der verschiedenen Finanzierungsmodelle zu erhalten regt er an, die Kosten der letzten fünf Jahre je Gruppe bei neu installierten Kindergärten aufzulisten. Positiv sei, dass gemäß der Beschlussvorlage mit dem Träger ein rigides finanzielles Baucontrolling vereinbart wurde und diese Höchstgrenze unbedingt einzuhalten sei. Er erinnert an seine Aussage zum vorherigen TOP 4 hinsichtlich der Qualitätsstandards in Kitas. Seitens der SPD-Fraktion signalisiert er Zustimmung.

Protokoll Nr. 34 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Frau Miksiunas begrüßt ebenfalls die Kita-Ausbauplanung. Gemäß der Beschlussvorlage seien in der Kita im Stadtteil Harsweg drei Krippengruppen U3, eine Kiga-Gruppe Ü3 und eine heilpädagogische Gruppe vorgesehen. Sie schildert, in den letzten Jahren sei es problematisch gewesen, Krippenkinder vernünftig in Kiga-Gruppen unterzubringen. Sie möchte wissen, ob im Übergang allen Krippenkindern ein Betreuungsplatz in einem Kiga gewährt werden könne. Ihrer Meinung nach mache es keinen Sinn, Krippengruppen einzurichten, obwohl die Kinder im Anschluss nicht die Möglichkeit hätten in einen Kiga zu wechseln. Sie erkundigt sich nach Möglichkeiten, um weitere Kiga-Gruppen anzuschließen und ob dies auch in der Kita Harsweg möglich sein werde.

Herr Christians antwortet, Ziel der Kita-Ausbauplanung sei ein bedarfsgerechter Ausbau. Die Ausbauplanung, die am 06.10.2020 im Jugendhilfeausschusses vorgestellt wurde, sei darauf ausgerichtet zunächst die notwendigen Bedarfe im Kiga-Bereich umzusetzen. Anhand der Kinderzahlen zeichnen sich insbesondere im Krippenbereich (1. – 3. Lebensjahr) noch höhere Bedarfe ab. Deshalb sei bewusst diese Konstellation mit einer Einrichtung von drei Krippengruppen gewählt worden. Auf dem der Beschlussvorlage beigefügten Lageplan sei ersichtlich, dass das Grundstück auch Kapazität für einen weiteren Ausbau biete. Zunächst seien die jetzt angeschobenen Maßnahmen abzuwarten. Zu der Aussage von Herrn Busch bringt er hervor, dass ein Kita-Neubau zu den Sonderbauten zähle und somit nicht mit einem normalen Bau zu vergleichen sei. Es gebe Vergleichswerte, die Herr Sprengelmeyer bereits in der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses erläutert habe. Im Schnitt werde für eine Kiga-Gruppe 800.000 € kalkuliert. Die Kosten einschließlich der Ausstattung für diesen Kita-Neubau seien deutlich niedriger. Er versichert, dass die Wirtschaftlichkeit im Blick behalten werde. Weiter spricht er die Fördergelder an, die für Krippenausbau nach der Richtlinie RAT V in Höhe von 540.000 € beantragt werden könnten. Im Falle einer positiven Bewilligung würden diese Fördergelder die Investitionssumme reduzieren. Die Anträge würden direkt nach der Beschlussfassung gestellt werden.

Für die Einrichtung einer heilpädagogischen Gruppe gebe es ein anderes Finanzierungsmodell. Die Refinanzierung dieser Investition erfolge im Rahmen einer Vereinbarung des Trägers mit dem FB 500. Die genaue Abstimmung hierzu sei noch erforderlich. Deswegen werde in der Beschlussfassung vorerst von der gesamten Summe ausgegangen. Es sei davon auszugehen, dass sich die Investitionssumme dann noch etwas verändern werde.

Herr Busch erwidert, ihm sei bewusst, dass dies ein Prozess sei. Er habe durch seine Anmerkung versucht, auf eine mögliche Verbesserung hinzuweisen.

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt die Refinanzierung des Neubaus einer Kindertageseinrichtung im Stadtteil Harsweg in Trägerschaft der Ostfriesische Beschäftigungs- und Wohnstätten GmbH mit einem Investitionsvolumen von bis zu 3.588.000,00 €.

1. Der Träger errichtet die Kindertageseinrichtung aus eigenen Mitteln.
2. Seitens der Stadt Emden werden die bewilligten Fördermittel in das Projekt eingebracht.
3. Das vom Träger eingebrachte Eigenkapital wird mit 1 % verzinst und über einen Zeitraum von 25 Jahren refinanziert.

Ergebnis: einstimmig

Protokoll Nr. 34 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

TOP 6 Einrichtung eines Jugendparlaments
Vorlage: 17/1811

Herr Kruithoff gibt einleitend an, er sei erfreut über den Start zur Einrichtung eines Jugendparlaments. Er bemerkt, dass die Corona-Situation das Vorhaben ein Stückweit gehemmt habe. Er erinnere sich sehr gerne an die große Resonanz bei der Auftaktveranstaltung im Max-Windmüller-Gymnasium. Heute sei ein guter Tag für die Demokratie und ein guter Tag dafür, junge Menschen für kommunale Arbeit aber auch für die Arbeit in Bundes- und Landesparlamenten zu begeistern. Das jetzt im Jugendhilfeausschuss der formale Startschuss gegeben werde, freue ihn. Damit sich das Jugendparlament konstituieren könne, würde er eine Wahl noch in diesem Jahr sehr begrüßen. Zudem erfreue ihn die zahlreiche Anwesenheit engagierter junger Menschen.

Herr Hencke bedankt sich für die Einleitung und bittet die Jugendlichen der Vorbereitungsgruppe um die Vorstellung ihrer Präsentation.

Anhand einer Power-Point-Präsentation stellen Annica Jasmin Stobbe, Ole Falbe, Jonas Witorf, Annalena Sophie Götz, Bennet Baumfalk und Amelie Balzer als Vertreter*innen der jugendlichen Vorbereitungsgruppe die Einrichtung eines Jugendparlaments vor. Sie gehen dabei auf die bisherige Zusammenarbeit, die Gruppendynamik, den Wahlprozess, die Organe und Aufgaben, die Ausschüsse sowie die Ziele und Wünsche ein. Diese Power-Point-Präsentation ist unter www.emden.de einsehbar.

Herr Hencke bedankt sich für die Vorstellung und bittet um Wortmeldungen.

Anhand der Vorlage 17/1811 gibt **Herr Sprengelmeyer** ergänzende Erläuterungen. Insbesondere geht er auf die Beteiligung an Ausschüssen des Rates ein. Nach § 71 Abs. 7 NKomVG könnten die Mitglieder des Jugendparlaments an den Fachausschüssen des Rates, jedoch ohne Stimmrecht, teilnehmen. Die Jugendlichen hätten als beratende Mitglieder ein Rede-, Anfrage- und Antragsrecht. Davon ausgenommen sei der Schulausschuss. An den Sitzungen des Jugendhilfeausschusses könnten bis zu zwei Mitglieder des Jugendparlaments als Sachverständige teilnehmen. Er geht davon aus, dass nach der Evaluierung in den Satzungen und Strukturen des Jugendparlaments noch Nachjustierungen möglich sein werden. Auch sei zu überlegen, ob die Begleitung des Jugendparlaments über den Stadtjugendpfleger ausreiche oder ob ggf. diese weiter ausgebaut werden müsse. Bis zur konstituierenden Sitzung müsse die Raumfrage geklärt werden. Dem Jugendparlament werde ein Budget i. H. v. 10.000 € zur Verfügung gestellt.

Herr Haase schließt sich Herrn Kruithoff an und ist ebenfalls der Meinung, heute sei ein guter Tag für die Emdener Demokratie. Positiv hebt er den Entstehungsprozess hervor, der in einem Dialog zwischen den Jugendlichen, dem Rat und der Verwaltung stattgefunden habe. Er lobt in diesem Zusammenhang das eigenverantwortliche Engagement der Jugendlichen. Von einem positiven Ratsbeschluss gehe er aus. Er signalisiert die Zustimmung der SPD-Fraktion. Fraglich sei, ob die Höhe des Budgets dauerhaft ausreichen werde. Zum Thema Stimmrecht des Jugendparlaments bemerkt er, Beteiligungsrechte seien nicht nur auf die Mitentscheidung komprimiert, sondern sie seien für den Diskussionsprozess wichtig. Die Jugendlichen könnten sich mit ihren Vorschlägen einbringen und die Entscheider inspirieren. Seiner Meinung nach sei beim Wahlalter eine Altersspanne von 12 bis 18 Jahren ausreichend. Juristisch gesehen seien Jugendliche ab 18 Jahre bereits eine andere Kategorie, nämlich die der Heranwachsenden. Er sichert den Jugendlichen seitens der SPD-Fraktion Unterstützung zu. Auch er plädiere für eine Wahl vor der Sommerpause. Er bedankt sich bei den Jugendlichen für ihr Engagement und wünscht ihnen viel Erfolg.

Protokoll Nr. 34 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Herr Ouedraogo begrüßt die Initiative der Kommune zur Einrichtung eines Jugendparlaments. Gleichmaßen begrüßt er das Engagement der Jugendlichen. Als Mitglied des Integrationsrates hofft er, dass das Jugendparlament das jetzige Bild der Gesellschaft in Emden widerspiegeln werde. Er appelliert, für das Jugendparlament auch Jugendliche aus verschiedenen Kulturkreisen oder Jugendliche mit Migrationserfahrung anzuwerben. Seiner Meinung nach sei man aktuell in einer speziellen politischen Phase und diese müsse überwunden werden. Daher passe in das 21. Jahrhundert nur die Demokratie als politisches System.

Herr Renken begrüßt ebenfalls die Beschlussvorlage. In einem langen und dialogischen Prozess mit den Jugendlichen und mit Unterstützung der Verwaltung sei es geschafft worden, das Jugendparlament auf den Weg zu bringen. Er erinnert an ein Zusammentreffen im Parkhotel auf Einladung der Vertreter der Jungen Union und der Grünen Jugend zum Thema Jugendparlament im Jahr 2012. Aufgrund der damaligen politischen Mehrheitsverhältnisse im Rat konnte das Projekt seinerzeit nicht zum Erfolg geführt werden. Er heißt es gut, dass dieses Projekt erneut auf den Weg gebracht worden sei und nun erfolgreich von allen im Rat vertretenden Fraktionen unterstützt werde. Er bemerkt, in den Umlandgemeinden, wie beispielsweise in der Gemeinde Hinte, gebe es seit Jahren diese Kinder- und Jugendparlamente. In diesem Zusammenhang weist er auf die gesetzliche Vorgabe der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen nach § 36 NKomVG hin. Er teilt mit, dass seine Fraktion der Beschlussvorlage zustimmen werde.

Zum Thema Wahlalter schließt er sich den Ausführungen von Herrn Haase an. Er verstehe das Jugendparlament als Prozess bei dem noch Anpassungen erfolgen könnten. Seiner Meinung nach sei eine Zentralbeteiligung umzusetzen, so dass tatsächlich Antragsrecht in den Ausschüssen bestehe, d. h. Beschlüsse aus dem Jugendparlament müssten beraten werden. Zudem sei eine breite Beteiligung in vielen Fachausschüssen wünschenswert. Er sei gespannt auf die Themen der Jugendlichen und optimistisch, dass das Ganze erfolgreich gestaltet werden könne.

Herr Busch teilt mit, er schließt sich den Worten seiner Vorredner an. Die FDP-Fraktion begrüße die Einrichtung des Jugendparlaments und lobt die Initiative der Jugendlichen. Wichtig sei, dass eine gewisse Kontinuität stattfinden werde. Er vermutet, dass dies durch die Fluktuation der jungen Menschen eine große Herausforderung sein werde. Den Jugendlichen wünscht er alles Gute für diese Arbeit.

Herr Ohling schließt sich ebenfalls den Worten der Vorredner an. Die Einrichtung eines Jugendparlaments werde bereits seit einiger Zeit thematisiert. Die CDU-Fraktion begrüßt die Beschlussvorlage und werde dieser zustimmen. Er bedankt sich bei den Jugendlichen für die Vorbereitung sowie bei der Verwaltung für ihre Unterstützung.

Frau Engelberts bedankt sich ebenfalls bei den Jugendlichen und spricht ein Kompliment für ihren Vortrag aus. Ebenfalls lobt sie, dass die Jugendlichen in dieser Sitzung zahlreich vertreten seien. Die Einrichtung einer Ethik-Kommission begrüßt sie. Den Jugendlichen wünscht sie viel Erfolg für ihr Engagement im Jugendparlament und eine gute Zusammenarbeit mit den Fraktionen im Rat. Sie fragt hinsichtlich des Stimmrechts, ob dieses grundsätzlich ausgeschlossen sei und ob ggf. ein Stimmrecht perspektivisch eingerichtet werden könne. Zudem fragt sie nach Beispielen aus anderen Kommunen. Ihrer Ansicht nach sei eine Altersspanne bis 21 Jahre positiv, weil sich dadurch jüngere und ältere Jugendliche gegenseitig unterstützen könnten.

Herr Reibe bestätigt, die Arbeit mit den Jugendlichen habe viel Freude gemacht. Neben den Videokonferenzen seien insbesondere die persönlichen Treffen positiv und erfolgreich gewesen. Mit Blick auf den Verwaltungsbereich müsse das Thema Jugendparlament seiner Meinung nach eine Querschnittsaufgabe werden. In vielen Verwaltungsbereichen seien Jugendfragen zu behandeln. Beispielsweise habe das Thema Digitalisierung eine hohe Priorität bei den Jugendlichen. In solche Diskussionsthemen müssten Jugendliche standardmäßig einbezogen werden.

Protokoll Nr. 34 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Genauso müsste sich die Politik für die Zusammenarbeit mit den Jugendlichen öffnen. Er sei guten Mutes im Hinblick auf das Gelingen.

Zur Frage zum Thema Wahlalter erläutert er, in einigen Jugendparlamenten gebe es das Wahlalter 14 bis 18 Jahre. In Emden können Jugendliche im Alter von 12 bis 21 Jahren kandidieren. Diese Altersspanne sei erfahrungsgemäß gut, da einige Kinder an der Schwelle zum Jugendalter ständen. Gleiches gelte für Jugendliche hin zum Erwachsenen. Dies sei bei der Altersspanne berücksichtigt worden. Er hoffe, dass die Wahl des Jugendparlaments durch Zustimmung des Rates noch vor den Sommerferien stattfinden werde. Die Amtsdauer betrage zwei Jahre. Er macht darauf aufmerksam, dass nach der Wahl bereits überlegt werden müsse, welche Jugendlichen in der nächsten Amtsperiode dabei sein könnten. Es sei eine Daueraufgabe dafür zu sorgen, genügend Jugendliche für das Jugendparlament zu begeistern.

Herr Kruithoff ergänzt, Fachausschüsse seien ein Spiegelbild des Rates. Eine Besonderheit bilde der Jugendhilfeausschuss, weil es in diesem Ausschuss zusätzliche stimmberechtigte Mitglieder gebe. Für weitere Mitglieder könne kein Stimmrecht etabliert werden. Im Jugendparlament starten die Jugendlichen als beratende Mitglieder. Er könne sich jedoch vorstellen, dass starke Aussagen aus dem Kreis der Jugendlichen wenigstens gehört und argumentiert würden und möglicherweise ein Umdenken zum Erfolg haben.

Herr Renken weist darauf hin, dass er als Ersatz für ein stimmberechtigtes Mitglied an dieser Sitzung teilnehme und demzufolge nicht an einer Abstimmung teilnehmen dürfe.

Er stellt fest, gemäß dem Satzungsentwurf des Jugendparlaments (§ 3 Wahl und Konstituierung des Emden Jugendparlaments Satzung) sei aufgeführt, dass die Wahlperiode am 01.04. eines jeden ungeraden Jahres beginne. Innerhalb seiner Fraktion sei die Frage gestellt worden, ob dies ggf. nachgesteuert werden müsse. Falls die Wahl nicht vor dem 01.04.2021 stattfinden werde, könne es nach diesem Entwurf möglicherweise Probleme geben.

Herr Behrens erklärt, die Satzung ist in einer Form dargestellt worden, die dauerhaft Anwendung finden solle. Für die erstmalige Wahl des Jugendparlaments gehe er von einer unproblematischen Formulierung aus. Ziel sei, schnellstmöglich das Wahlverfahren durchzuführen. Dies sei mit Herrn Reibe und dem Wahlteam des FD Verwaltungsdienste besprochen worden. Die jetzige Formulierung in der Satzung deckt das nicht 100%ig ab. Angedacht sei, direkt nach der Wahl das Jugendparlament zu bilden. Die darauffolgende Wahl im Jahr 2023 solle im ersten Quartal stattfinden. Dadurch, dass diese Abstimmung hier zu Protokoll gebracht werde, stelle dies für das Jugendparlament satzungsgemäß kein Problem dar. Jetzt eine neue Formulierung zu finden, die rechtlich definiere, was besprochen worden sei, halte er für nicht zielführend und notwendig.

Herr Götze lobt die Vorstellung der Jugendlichen. Auch er hofft auf eine Wahl noch vor dem Sommer. Seiner Ansicht nach werde die Demokratie durch das Jugendparlament gestärkt. Es sei immer deutlicher festzustellen, dass in der Gesellschaft die Solidarität und das Miteinander leide. Deshalb sei es wichtig, junge Menschen in der Demokratie mitwirken zu lassen. Zum Thema Online-Wahl fragt er, ob es eine Alternative für Jugendliche geben werde, die keine Möglichkeit hätten, online zu wählen. Wichtig sei, benachteiligte Kinder und Jugendliche mitzunehmen.

Bennet Baumfalk weist in diesem Zusammenhang auf § 3 Abs. 8 des Satzungsentwurfs hin. Darin sei festgehalten, dass zusätzlich die Möglichkeit einer Briefwahl bestehen solle. Es werde ein Briefwahllokal eingerichtet, das auch temporär an durch den Wahlausschuss festgelegten Orten, beispielsweise Schulen und Jugendzentren, und Zeiten öffnen könne.

Protokoll Nr. 34 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Abschließend teilt er mit, das Vorbereitungsteam sei erfreut, dass das Projekt umgesetzt und ein Jugendparlament eingerichtet werde. Unterstützung für dieses Projekt sei seitens der Jugendlichen, Erwachsenen und von Mitgliedern des Rates signalisiert worden. Dennoch gebe es in der Gesellschaft auch Skeptiker. Er appelliert, die Einrichtung eines Jugendparlaments sei für eine Gesellschaft und auch für die Demokratie bereichernd. Es gehe nicht darum, dass das Jugendparlament bei formalen Themen mitbestimmen könne, sondern dass den Jugendlichen Gehör verschafft werde und sie bei Themen, die sie betreffen, ein Mitspracherecht hätten. Dies müsse entsprechend schriftlich verankert sein. Er begrüße den Start und hofft, dass sich das Jugendparlament so etablieren werde, dass es mitentscheiden könne. Die Zusammenarbeit mit dem neuen Gremium werde seiner Ansicht nach nur positive Auswirkungen auf die Stadt haben.

Herr Kruthoff bedankt sich bei Bennet Baumfalk für das Schlusswort und sichert dem Jugendparlament seine Unterstützung sowie die Unterstützung von Rat und Verwaltung zu. Er gehe davon aus, dass es in den zukünftigen politischen Diskussionen eine andere Herangehensweise der Jugendlichen geben werde. Dies sieht er als positive Bereicherung. Zum Abschluss überreicht er den Jugendlichen ein Zertifikat für die Mitarbeit im Jugendorganisationsteam zur Entwicklung eines Jugendparlaments für Emden. In diesem Zusammenhang bedankt er sich bei Herrn Sprengelmeyer und Herrn Reibe für ihre Unterstützung.

Beschluss:

1. Satzung
Die von Emden Jugendlichen entwickelte Satzung für ein Emden Jugendparlament wird in der vorliegenden Form (Anlage 1 zur Vorlage 17/1811) beschlossen.
2. Wahlverfahren
Die Wahl wird grundsätzlich als Online-Wahl mit ergänzenden Möglichkeiten einer Briefwahl durchgeführt. Zur Durchführung der Wahl wird die als Anlage 2 der Vorlage 17/1811 beigefügte Wahlordnung beschlossen.
3. Beteiligung an Ausschüssen des Emden Rates
Das Jugendparlament kann unter den Voraussetzungen des § 71 Abs. 7 NKomVG Vertreter*innen als beratende Mitglieder mit Rede-, Anfrage- und Antragsrecht, jedoch ohne Stimmrecht in die Fachausschüsse des Rates der Stadt Emden entsenden.
Eine Teilhabe am Schulausschuss ist nicht möglich.
Für den Jugendhilfeausschuss gilt:
Bis zu zwei Mitglieder des Jugendparlaments können als Sachverständige für Jugendangelegenheiten an den Sitzungen des Jugendhilfeausschusses teilnehmen.
4. Budget
Dem zukünftigen Jugendparlament wird ein Budget in Höhe von 10.000,00 € zur Verfügung gestellt.
5. Räumlichkeiten
Bis zur konstituierenden Sitzung des Jugendparlaments ist die Raumfrage zu klären.
6. Begleitung
Die Begleitung des Jugendparlaments wird zunächst dem Stadtjugendpfleger übertragen.
7. Evaluation
Innerhalb der ersten Wahlperiode werden die Satzung und Strukturen des Jugendparlaments gemeinsam mit den Jugendlichen evaluiert.
Die Ergebnisse werden dem JHA/Rat zum Ende der Wahlperiode vorgelegt.

Vertreter*innen der jugendlichen Vorbereitungsgruppe werden in der Sitzung des JHA die Satzung vorstellen.

Ergebnis: einstimmig

Protokoll Nr. 34 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 7 Rund um die Geburt
Vorlage: 17/1814

Herr Sprengelmeyer führt einleitend aus, die Verwaltung habe Mitte Januar Kenntnis von der frühzeitigeren Schließung der Geburtenstation in Emden erhalten. Im Standortentwicklungskonzept der Trägergesellschaft der Kliniken Aurich-Emden-Norden sei ein Auflösungsstermin der geburtshilflichen Abteilung für das Ende des 2. Quartals genannt worden. Aufgrund der aktuellen Entwicklung hat die Trägergesellschaft beschlossen, den Schließungsstermin auf den 31.03.2021 vorzuziehen. Daraufhin haben Frau Fekken, Herr Christians und Frau Valentin-Settgast in Zusammenarbeit mit der offenen Hebammensprechstunde Unterstützungsmöglichkeiten für Schwangere, junge Eltern und Neugeborene überlegt. An weiteren Terminen seien die Trägergesellschaft und das Klinikum Emden beteiligt gewesen. Aufgrund der Kürze der Zeit sei zunächst ein Übergangsszenario entwickelt worden. Er weist darauf hin, dass dies seitens der Verwaltung noch nicht im Detail fertiggestellt sei. Er bittet Frau Dr. Gesang um nähere Erläuterung der Thematik. Im Anschluss werde die Verwaltung ihrerseits Ergänzungen zur Situation der medizinischen Versorgung sowie der Jugendhilfe mitteilen.

Frau Dr. Gesang informiert anhand einer Power-Point-Präsentation über die Schließung der Geburtenstation im Emdener Klinikum und die damit verbundenen Auswirkungen, Vorgehensweisen und Abläufe. Die Präsentation ist unter www.emden.de einsehbar.

Im Anschluss stellt sie Mitarbeiter*innen der Trägergesellschaft vor.

Sie teilt mit, die im Vorfeld dieser Sitzung eingegangenen Fragen würden von ihr und den anwesenden Ärzten und Mitarbeitern der Ubbo-Emmius-Klinik (UEK) beantwortet.

Folgende Fragen seien im Vorfeld von Bürgern eingereicht worden:

1. Wie viele Emdener Kinder wurden im Zeitraum April 2020 bis März 2021 in Aurich und Leer geboren?

Frau Dr. Gesang antwortet, die UEK hatte etwa 110 Geburten. Die Zahlen aus Leer würden aufgrund der Kurzfristigkeit nachgereicht.

2. Wie wird die Betreuung der Emdener Kinder im Krankenhaus in Aurich, Leer oder auch Uthwerdum durch ihre Eltern sichergestellt bzw. unterstützt, wenn diese nicht über die finanziellen Mittel oder die Zeit verfügen, um täglich diese Wege zu machen?

Frau Dr. Gesang antwortet, diese Frage sei auch im Kreis des Fördervereins der Kinderklinik in Emden diskutiert worden. Dort werde überlegt, ob für Härtefälle eine Unterstützung geleistet werden könne. Den Beratungen des Fördervereins könne sie jedoch nicht vorgreifen.

3. Wie werden Sie sicherstellen, dass die Vorgaben der S3 Leitlinie „Vaginale Geburt am Termin“ der Deutschen Gesellschaft für Gynäkologie und Geburtshilfe e.V. (...) in dem Geburtsstandort Aurich sowie dem künftigen Geburtsstandort Georgsheil umgesetzt werden können, z.B. die Empfehlung 4.1 “Frauen sollten ab der aktiven Eröffnungsphase unter der Geburt eine Eins-zu-eins-Betreuung durch eine Hebamme erhalten“?

Herr Dr. Reinhold, Chefarzt der Frauenklinik in Aurich, erklärt, in Aurich werde ein Perinatalzentrum Level 2 betrieben, d. h. es würden Schwangere mit erwarteter Frühgeburt ab der

Protokoll Nr. 34 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

28. Schwangerschaftswoche betreut. Diese Vorgabe sei eine Leitlinie, die versucht eine Eins-zu-eins-Betreuung der Frau unter der Geburt umzusetzen. Mittlerweile arbeiten zwei Hebammen pro Schicht, sowohl tagsüber als auch nachts. Dadurch sei gewährleistet, dass zwei Geburten gleichzeitig durch jeweils eine Hebamme betreut werden könne. Mehr als zwei Geburten gleichzeitig fänden in der Regel selten statt. Tagsüber gebe es eine weitere Hebamme, welche in einem Zwischendienst tätig sei, d. h. tagsüber seien drei Hebammen im Dienst. Geplante Kaiserschnitte würden ebenfalls tagsüber stattfinden und von einer Hebamme betreut werden. Zudem sei mittlerweile umgesetzt, dass Unterstützungsdienste im Kreißsaal tätig seien, d. h. das Reinigen des Kreißsaals ist nicht mehr die Aufgabe der Hebammen. Die administrativen Tätigkeiten würden durch eine Arzthelferin getätigt, so dass die Hebammen zusätzlich entlastet werden und ihrer eigentlichen Tätigkeit nachkommen können. Er glaube, dass die Zahl der Geburten von Schwangeren aus Emden mit diesem Konzept weiter betreut werden könne und rechnet mit jährlich 100 bis 150 Emdener Geburten. Sollten es jedoch mehr Geburten werden, müsste der Stellenplan überprüft und ggf reagiert werden. Bisher hätten Geburten von Emden nicht zu einem personellen Engpass geführt.

Zum Thema Abmelden der Auricher Geburtsklinik in jüngster Vergangenheit erklärt er, das Abmelden gewährleiste das Betreuungskonzept einer Schwangeren unter der Geburt durch eine Hebamme. Wenn die Kapazitäten erschöpft seien und das Konzept einer Eins-zu-eins-Betreuung nicht mehr umgesetzt werden könne, melde sich der Kreißsaal ab. Dann erhalte der Rettungsdienst die Meldung, die Auricher Klinik nicht mehr anzufahren. Er versichert, die Dauer des Abmeldens betrage nur vier bis sechs Stunden. Obwohl es von außen Unverständnis dafür gebe, sehe er diese Regelung eher als ein „Qualitätsmerkmal“.

Herr Sprengelmeyer fragt, von welchem Kreißsaal würden schwangere Frauen im Falle einer solchen Abmeldung aufgenommen werden. Er bittet um konkrete Erläuterungen.

Herr Dr. Reinhold antwortet, in einem solchen Fall entscheidet der verantwortliche Notarzt, welches Krankenhaus bzw. welcher Kreißsaal frei ist und angefahren werden könne. Über das webbasierte IVENA-System können vom Rettungsdienst die aktuellen Behandlungs- und Versorgungsmöglichkeiten der Krankenhäuser eingesehen werden. Das Abmelden sei ein normaler Vorgang, wie ihn beispielsweise auch Intensivstationen praktizieren, wenn Kapazitäten erschöpft seien. Je nach Versorgungsbedarf müssten Schwangere mit erwarteter Frühgeburt ggf. nach Oldenburg gebracht werden.

4. Wie viele Hebammen aus der Emdener Klinik werden beim dem jetzigen Arbeitgeber bleiben und nach Aurich wechseln?

Herr Bungenstock, Pflegedirektor der Trägergesellschaft, informiert, aktuell würden drei Hebammen zur Klinik nach Aurich gehen. Davon sei eine Hebamme im aktiven Dienst, zwei Hebammen befinden sich derzeit in Elternzeit. Weitere Hebammen würden z. T. im Rahmen der Schwangeren-Ambulanz aushelfen. Ein Teil der Hebammen habe sich anderweitig entschieden.

Frau Fekken möchte wissen, wie viele Hebammen im Emdener Kreißsaal beschäftigt gewesen seien. Die von Herrn Bungenstock genannten Zahlen seien ihrer Ansicht nach nicht aussagekräftig.

Herr Bungenstock antwortet, es seien 7 VK laut Stellenplan, d. h. 14 Hebammen seien beschäftigt gewesen. **Frau Dr. Gesang** bittet Herrn Bungenstock in diesem Zusammenhang auch die Anzahl der Hebammen in der Geburtsklinik Aurich mitzuteilen. **Herr Bungenstock** gibt an, laut Stellenplan seien es 14,5 VK. **Frau Dr. Gesang** fügt hinzu, davon seien die meisten Hebammen teilzeitbeschäftigt, d. h. tatsächlich seien es etwa 20 Hebammen.

Protokoll Nr. 34 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Zur Frage nach den Überstunden führt sie aus, dass dieses Thema bereits seit geraumer Zeit bestehe. Nach ihrem Wissen seien eher Überstunden abgebaut worden, als dass welche dazugekommen seien. Grund dafür sei, dass in Aurich die Hebammenstellen besetzt und mit den Kolleginnen aus Emden dann überbesetzt seien. Dann könnten sicherlich diese Überstunden abgebaut werden. **Herr Bungenstock** ergänzt, bereits vor drei Jahren habe es ein Überstundenkontingent über 5.000 gegeben. Mittlerweile seien es gelungen, diese Überstunden auf 4.000 zu reduzieren. Es sei ein Mitteldienst sowie administrative Unterstützung für die Hebammen etabliert worden. Definitiv seien in den vergangenen drei Jahren keine Überstunden mehr aufgebaut worden.

5. Sei bedacht worden, dass aufgrund weiterer Abwanderungen von Hebammen am Ort mit Geburtshilfe sich die bereits nur mit einer Notfallambulanz notdürftig erfüllte Wochenbettversorgung weiter verschlechtert?

Frau Dr. Gesang antwortet, dies sehe sie nicht so und denke, die Wochenbettversorgung in der Klinik in Aurich sei exzellent. **Dr. Reinhold** ergänzt, die UEK habe als einzige Klinik in Niedersachsen das internationale Qualitätssiegel „babyfreundlich“. Dies führe dazu, dass die Versorgung auf der Wochenstation, aber auch im Kreißsaal exzellent ist und zudem von den dort Tätigen mit Freude gearbeitet werde. Deshalb sehe er das Problem von Abwanderungen sowie eine Qualitätsverschlechterung nicht. Die Tatsache dieser guten Aufstellung sei auf das gute Konzept sowohl für Patienten wie auch für Angestellte zurückzuführen. Die Angestellten führen ihre Arbeit mit Freude aus. Dies sei auch Ziel für die Arbeit in der Zentralklinik. Mit der aktuellen Zusammenlegung dieser beiden Geburtskliniken werde eine hochqualifizierte Versorgungseinheit geschaffen. Sicherlich sei dies für die Emdener Frauen ein Einschnitt der gut begleitet und unterstützt werden müsse. Die grundsätzliche Zusammenführung an einem Standort biete Frauen unter der Geburt eine qualitative Verbesserung. **Frau Dr. Gesang** fügt hinzu, eine leitende Überlegung sei auch das Thema Versorgung von Neugeborenen und Kindern gewesen. Bei einem vorhandenen Perinatalzentrum Level 2 seien diese Kompetenzen zu nutzen. Sie macht darauf aufmerksam, dass schwangere Frauen häufig eine Geburtsklinik mit anliegender Neugeborenen- und Kinderstation aussuchen.

Herr Sprengelmeyer schlägt vor, die weiteren Fragen der Einwohnerfragestunde nach der Vorstellung des Versorgungskonzeptes der Verwaltung zu beantworten.

Herr Hencke bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

Herr Busch bedankt sich bei Frau Dr. Gesang und den anwesenden Ärztinnen und Ärzten für die Information. Der Prozess für das Projekt „Zentralklinik“ sei nicht einfach. Die Information der Bürger*innen sei wichtig. Bürger*innen sollen sich für die Großinvestition „Zentralklinik“, einer der modernsten Kliniken in Niedersachsen, begeistern und müssten dementsprechend mitgenommen werden. Das Vertrauen in die Leitungsfähigkeit der drei Kliniken bis zur Inbetriebnahme der Zentralklinik müsse gestärkt werden. Deswegen regt er transparente Informationen in Bezug auf das Projekt „Zentralklinik“ an. Die Schließung der Emdener Geburtsklinik sei schließlich auch ein emotionales Thema.

Herr Haase bedankt sich für die Vorstellung und sagt, ihn überzeugen die Antworten auf die gestellten Fragen. Seiner Ansicht nach seien die Fragen berechtigt. Insbesondere seitens der Hebammen seien in den vergangenen Wochen kritische Anmerkungen gekommen. Diese seien mit diesen Antworten sicher noch nicht ganz geklärt worden. Er begrüße, dass der Weg zu einer der sieben modernsten Zentralkliniken in Niedersachsen weitergegangen werde. Bei aller Wertschätzung wirft er die Frage auf, ob diese gesundheitliche Diskussion im Jugendhilfeausschuss zu führen sei. Seiner Ansicht nach habe der Jugendhilfeausschuss eine primäre gesetzliche Aufgabe, welche nur ein Teilsegment dessen umfasse, was hier heute berichtet und diskutiert

Protokoll Nr. 34 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

werde. Insoweit sollte dieser Ausschuss den Bericht der Trägergesellschaft nicht vertiefend diskutieren. Diese Diskussion gehöre seiner Meinung nach in den Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Integration. Thematisiert werden sollte der TOP „Rund um die Geburt“, weil hier Themen wie beispielsweise die Verstetigung von Netzwerken, etc. behandelt würden.

Herr Sprengelmeyer stellt klar, eine Power-Point-Präsentation zum Thema „Rund um die Geburt“ sei vorbereitet worden. Er erklärt, verwaltungsintern habe man sich verständigt, die Information der Schließung der Geburtenstation zum 31.03.2021 möglichst schnell und transparent der Öffentlichkeit mitzuteilen. Bei diesem Thema gehe es um Kinder und Mütter. Die Klinik in Aurich rechne jährlich mit 100 bis 150 Geburten von Müttern aus Emden. Tatsächlich würden mehr Emder Kinder geboren. Demzufolge müsse das Jugendamt Kontakt mit den umliegenden Kliniken aufnehmen und auch dort die Situation klären. Erste Gespräche seien bereits terminiert. Er macht darauf aufmerksam, dass es viele Themen rund um die Geburt gebe und es sei richtig, diese in diesem Ausschuss zu behandeln.

Frau Engelberts spricht die Themen Ansiedlung von Hebammen in Emden und deren Überstunden an. Ihrer Ansicht nach sei das Thema „Rund um die Geburt“ eine sensible Angelegenheit. Sie lobt das Engagement der Emder Hebammen, insbesondere in der aktuellen Situation durch die Schließung der Geburtenstation. Sie plädiert für eine Zusammenarbeit mit den Emder Hebammen um einen guten Übergang zu gewährleisten. Die Hebammen sollen sich gut mitgenommen fühlen.

Frau Dr. Gesang antwortet zum Thema Überstunden, die große Überstundenanzahl, die jetzt sukzessive abgebaut wurde, sei in der Klinik Aurich angefallen. In Emden seien Überstunden bereits erheblich abgebaut worden. **Herr Bungenstock** stimmt zu, der Überstundenstand sei in Emden nicht so hoch gewesen wie der in Aurich. Aktuell läge der Stand für den Kreißsaal bei 600 Stunden. **Frau Dr. Gesang** erklärt, man sei bemüht diesbezüglich Abhilfe zu schaffen. In Aurich werde eine komfortable Situation entstehen, so dass dort in die richtige Richtung weitergegangen werden könne. Zu der Frage, wer in Notsituationen verantwortlich für die Entscheidung sei, wohin eine Frau mit dem Rettungswagen verlegt werde, bemerkt sie, aus eigener Erfahrung sei es immer die Entscheidung des vor Ort befindlichen Notarztes.

Herr Hencke bedankt sich für die Wortmeldungen und bittet um die Vorstellung zum Thema „Rund um die Geburt“.

Herr Sprengelmeyer wirft anhand einer Power-Point-Präsentation einen Blick auf die Gesamtsituation zur Versorgung von Schwangeren, Müttern und Neugeborenen in Emden. Er geht darauf ein, dass die Jugendhilfe in den Bereichen Beratung, Begleitung und Unterstützung zum Wohl des Kindes sowie der Mutter bzw. der Eltern sowie auch die besondere Begleitung von minderjährigen Müttern bzw. Eltern, tätig sei. Ziel sei die Etablierung des Netzwerkes „Frühe Chancen für Familien“. Vor diesem Hintergrund sei ein Konzept entwickelt worden. Er weist darauf hin, in diesem Kontext würden die Fragen der Einwohner, u. a. zur Verstetigung des Familiennetzes, beantwortet. **Frau Valentin-Settgast** präsentiert das von der Verwaltung entwickelte Konzept, welches Schwangeren und Familien frühe Hilfen anbiete. Das Konzept beinhalte ein Übergangsszenario, das in drei Phasen bis 2022 greifen solle. Die Gesamtpräsentation ist unter www.emden.de einsehbar.

Herr Hencke bedankt sich für die Präsentation und bittet um Wortmeldungen.

Frau Fekken spricht das Thema Hebammenversorgung an, welches ihrer Ansicht nach von Frau Dr. Gesang nicht entsprechend beantwortet worden sei. Ihrer Ansicht nach sei die Abwanderung von Hebammen absehbar gewesen. Sie greift die eingangs gestellte Einwohnerfrage auf, was das Emder Klinikum in den letzten vier Jahren unternommen habe, dieser Situation entgegenzuwirken. Frau Bujny vom Hebammenverband Niedersachsen e.V. habe eingangs im

Protokoll Nr. 34 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Rahmen der Einwohnerfragestunde das Problem geschildert, dass Hebammen gerne aus versicherungstechnischen Gründen am Klinikum angestellt sein wollen, um dann zusätzlich auch freiberuflich tätig sein zu können. Sie sehe die Entwicklung der Hebammenversorgung durch die Verlagerung der Geburtshilfe nach Aurich äußerst dramatisch und befürchtet, dass diese nochmals einbrechen werde. Sie bittet um die Beantwortung der Frage.

Frau Dr. Gesang antwortet, sie habe eingangs erwähnt, dass sie seit Beginn ihrer Tätigkeit das Problem des Fachkräftemangels und somit auch im Bereich der Hebammen kenne. Demzufolge sei der Kreißsaal in Emden teilweise geschlossen worden. Um diesen Mangel an Hebammen entgegenzuwirken seien verschiedene Maßnahmen unternommen worden. U. a. sei die Hochschule Emden-Leer angesprochen worden. Auch erfolgten europaweite Suchen nach Hebammen. Je kleiner eine Einheit sei, desto schwieriger sei es Fachkräfte zu gewinnen. Sie sehe das Problem, dass es Hebammen gebe, welche teils Angestellte in einem Krankenhaus und teils freiberuflich tätig seien. Sie betont, niemand sagt, dass diese Situation nicht auch in Aurich hergestellt werden könnte.

Herr Bungenstock wendet ein, eine große Abwanderung habe der Kreißsaal in Emden nicht gehabt. Zur Situation stellt er klar, für den Emdener Kreißsaal gebe es einen Stellenschlüssel von 7 VK, dies seien in Summe 12 bis 14 Köpfe. Durch das Verlassen, beispielsweise von zwei vollzeitbeschäftigten Hebammen, sei das Problem entstanden, dass diese Stellen nicht nachbesetzt werden konnten. Dieses Problem sei der Trägergesellschaft bewusst gewesen. Um diesen Fachkräftemangel entgegenzuwirken sei nicht nur über die herkömmlichen Medien, sondern auch europaweit versucht worden, Personal anzuwerben. Bei bundesweiten Stellenausschreibungen sei die Resonanz bei null gewesen. In Zusammenarbeit mit der Hochschule Emden-Leer sei versucht worden einen Studiengang zu implementieren, dies sei aus unterschiedlichen Gründen nicht gelungen. Über den „Westersteder Kreis“ sei eine Erklärung ausgesprochen worden, wodurch für Hebammen eine akademische Hebammenausbildung am Studienstandort Oldenburg etabliert wurde. Parallel sei vor drei Jahren über die Ausbildungsstätte in Lingen die Ausbildung von Hebammen für das Klinikum Emden sowie auch Aurich gestartet. Von den damaligen Auszubildenden sei mittlerweile noch eine Hebamme im Dienst. Um mittel- und langfristige Hebammen zu rekrutieren, sei die Trägergesellschaft zudem auch auf dem Arbeitnehmerüberlassungsmarkt tätig gewesen. Um den Kreißsaal aufrecht zu erhalten sei darüber tatsächlich eine Hebamme eingestellt worden. Hebammen aus der Arbeitnehmerüberlassung würden jedoch nur für eine begrenzte Zeit überlassen und seien zudem kostenintensiv. In diesem Zusammenhang bedankt er sich bei den Hebammen. Bis zum letzten Tag hätten sie mit Arbeitskraft und Herzblut versucht, den Kreißsaal in Emden zu halten. Auch für die Trägergesellschaft sei die Schließung des Kreißsaales in Emden ein emotionales Thema. Negativ verstärkt wurde diese Situation durch die Schließung der Kinderklinik.

Frau Engelberts unterstützt die Frage von Frau Fekken. Sie stellt klar, seit Jahren sei der Mangel an Hebammen sowie deren schwierige Berufssituation bekannt. In diesem Zusammenhang bedankt sie sich bei der Verwaltung für ihre unternommenen Anstrengungen, insbesondere für den Ausbau des Netzwerkes „Frühe Chancen für Familien“. Sie hebt hervor, im Rahmen dieses Netzwerkes versuchen die Kolleg*innen aktiv, Übergänge zu gestalten sowie Institutionen miteinander zu vernetzen. Weiter stellt sie heraus, dass die Hebammen bis zuletzt versucht hätten, den Betrieb des Kreißsaales aufrecht zu erhalten. An den gestellten Fragen der Einwohnerfragestunde seien die Ängste und Sorgen der Hebammen erkennbar. Ihrer Meinung nach habe der Ausschuss die Verantwortung, das Problem zu lösen und Antworten für die Hebammen zu finden. Damit keine Versorgungslücke entstehe, plädiere sie, den Hebammen vernünftige Rahmenbedingungen für ihre Arbeit, insbesondere für die Übergangsphase, zu bieten. Sie fordert eine Lösung dieses Problems.

Herr Dr. Däublin berichtet, in der Klinik in Aurich sei vor 15 Jahren das Projekt „Gesunder Start“, in Zusammenarbeit mit der Hochschule Emden-Leer, gestartet. Mit diesem Projekt seien

Protokoll Nr. 34 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Familien rund um die Geburt früh begleitet worden, um ggf. auch soziale Härten abzumildern. Dieses Projekt sei sehr erfolgreich verlaufen und endete mit einer gelungenen Projektarbeit. Anschließend sei die bundesweite Regelung der Frühen Hilfen und der Lotsendienste eingeführt worden. Das Projekt wurde dann beendet und umverteilt zu den Besuchen nach der Geburt. Er plädiere, dass wieder zurückgekehrt werde zur Betreuung der Schwangeren durch das Jugendamt. In Aurich sei es so gestaltet, dass direkt gegenüber der Schwangeren-Sprechstunde zur Geburtsvorbereitung niederschwellig die Möglichkeit bestehe, mit dem Jugendamt Kontakt aufzunehmen, d. h. eine Planung für die Geburt und die Umstände danach. Das hat sich sehr bewährt und sollte seiner Meinung nach auch in den anderen Kliniken ausgebaut werden. Er denkt, es sei effektiver, vorher zu beginnen und nicht erst hinterher die Besuchsdienste zu machen. Erfahrungsgemäß seien Frauen, insbesondere in der Zeit der Schwangerschaft, empfänglich für diese Hilfen. Sein Aufruf sei, den Kontakt in der Schwangerenambulanz vor der Geburt zu stärken.

Herr Götze macht darauf aufmerksam, bei der heutigen Diskussion handele es sich sowohl um soziale wie auch gesundheitliche Themen. Seiner Meinung nach müsse dies im Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Integration noch einmal vorgestellt werden. Diese große Problematik müsse breitflächiger kommuniziert werden. Dadurch erhöhen sich dann auch Lösungsmöglichkeiten.

Herr Haase stellt heraus, dass der FB 600 als Perspektive ein gutes und schlüssiges Konzept vorgestellt habe. Positiv sei, dass durch das Konzept das Netzwerk Frühe Chancen für Familien weiter fortgeschrieben werde. Er spricht zu diesem Punkt den personellen Aufwand für die Organisation sowie die Arbeit von Ehrenamtlichen an und fragt nach, ob das Drei-Phasen-Konzept bereits mit einer Zeit- bzw. Finanzplanung unterlegt worden sei. Er bittet diesen Punkt zu konkretisieren.

In diesem Zusammenhang bestellt er Grüße von Frau Meinen und richtet aus, dass der Kinderschutzbund sich auch zukünftig am Netzwerk beteiligen werde. Er bittet um Auskunft hinsichtlich ehrenamtlich tätiger Organisationen. Den von der Verwaltung vorgeschlagenen Weg hält er für richtig, um mittelfristig Emden zu einer kinderfreundlichen Stadt zu machen.

Herr Sprengelmeyer führt aus, im Vorfeld sei über die Zeitplanung gesprochen worden. Aktuell laufe Phase 1 (Weiterentwicklung von vorhandenen Strukturen/Angeboten). Bis zur Sommerpause sollen die ersten notwendigen Beschlüsse dafür eingebracht werden. Phase 2 (Neuorganisation und Umstrukturierung) sei bis zum Ende des Jahres geplant. Die letzte große Phase 3 (Konzentration „Familienleistungen unter einem Dach“) werde in 2022 angestrebt. Zum Thema Finanzen erklärt er, ein Budget sei vorhanden. Er nimmt Bezug auf die Aussage von Herrn Dr. Däublin zum Thema Jugendamt und klärt auf, diesbezüglich gebe es auch in Emden entsprechende Übergänge. Es bestehe eine enge Verzahnung mit der „Villa am Ring“. An dieser Stelle nehme das Netzwerk „Frühe Chancen für Familien“ eine zentrale Rolle ein. Das Projekt laufe seit einigen Jahren, die Weiterfinanzierung werde jährlich beschlossen. Wo das Projekt letztlich verortet werde, sei noch zu klären.

Aufgrund der fortgeschrittenen Sitzungszeit weist **Herr Hencke** auf die Einhaltung der Corona Arbeitsschutzverordnung hin und schlägt eine 10-Minütige Sitzungspause an.

Alle Ausschussmitglieder sind einverstanden.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Protokoll Nr. 34 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

TOP 8 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Es liegen keine Mitteilungen vor

TOP 9 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.